

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Koblen & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Geb. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit der städtischen Unter-
stützung: 2 Mark, halbjährlich 1 Mark, Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 5011, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 5011 und 1277.
Geschäftszeit von 7 bis 1 Uhr und 5 bis 10 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis, Grundpreise: die 30 mm breite Kompartimelle
zelle 35 Pf., die 90 mm breite Preiszelle 200 Pf., für ansonstige
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen-
angebote 40 Pf. Abont. für Kleinverleger 10 Pf.

Nr. 173

Dresden, Mittwoch den 27. Juli 1927

38. Jahrg.

Der Lakai des Tyrannen

Von unserem rumänischen Korrespondenten

„Ich bin sehr müde“, waren die letzten Worte des verstorbenen Rumänen-Königs. Man kann sie begreifen, bei einem Manne, der dem Tode geweiht war seit Monaten, dessen selbsthaft robuste Konstitution aber von den Verletzungen der Vollführung jenes vielbestimmten Wanders ausgezehrt wurde einen Halbtag am Leben zu erhalten, weit über die Frist hinaus, die ihm von der Natur gewährt war. Doch die Leiden des Sterbenden wiegen im Urteil der Geschichte weniger als die Leiden eines Millionen-volkes, das unter der Herrschaft der Liberalen zu erhalten, das oberste Regierungsprinzip Ferdinands war. Unter seiner Regierung wurde das allgemeine Wahlrecht erlassen, aber unter seiner Regierung auch sofort schamlos verstoßen. Er war es, der den Bauern die Aufteilung des Herrenbodens verheißt hatte, er war es auch, der, kurz darauf, zur Sabotage der Agrarreform ohne weiteres seine Zustimmung gab. Immer wieder hat er, dem offen zutage tretenden Willen des Volkes zum Trotz, die Liberalen oder deren Stützhalter an die Macht gebracht, sie auf diese Weise sogar unmittelbar nach dem Sturz vom politischen Thron gerettet. Während der Wahlen aber war sein Reichthum der Jagd, weil er nicht die Proteste der Opposition gegen den Wahlterror hören wollte. Kurzum, nie hat er sich unterzogen, Praxianus Wünsche und Interessen entgegenzutreten, immer war er ihr treuer Kollaborateur. Ihm die volle Verantwortlichkeit aufzubürden für das oligarchische Regime, wäre freilich unbillig. Er war doch nur ein Scheinkönig und sich der Tragweite seiner Handlungen meistens nicht bewußt. Aber es muß gesagt werden: wenn auch nicht ein Tyrann so ist doch mit ihm der Lakai eines Tyrannen dahingegangen. Seine Leiden können mit denen Latens nicht verglichen werden.

Am Sterben noch leistete Ferdinand dem ungekrönten Thronerben Praxianus den letzten Dienst. Als Vorgesetzter mit der Diktatur liebäugelte und deshalb von den Liberalen über Nacht gestürzt wurde, war der Tod des Königs noch nicht unmittelbar zu befürchten. Die Energie, mit der Praxianus die Macht wieder an sich riß, und der maßlose Terror, den er zur Eroberung der parlamentarischen Mehrheit ausübte, bewiesen dennoch, daß er auch gegen die Verwirklichung der Thronkandidatur gesichert sein und Abwesenheit der Liberalen auszuspielen. Inzwischen verabschiedete sich der Zustand des Königs. Das Parlament wurde in aller Eile einberufen. Wäre es im Augenblick des Todes des Königs nicht konstituiert gewesen, so hätte das alte verabschiedete Parlament wieder zusammentreten müssen, um den Thron der Regentenschaft entgegenzunehmen oder — abzuweisen. Aber, kurz nachdem die gelegentlich in der Öffentlichkeit formell konstituiert waren, kam die Nachricht vom Tode des Königs, dessen Zustand bis zum letzten Augenblick ein Geheimnis der Minister und des Hofes geblieben war. Wenn Ferdinand wirklich am 20. Juli, um 2 Uhr früh, gestorben ist, so hätte er auch aus freien Willen keinen besseren Augenblick wählen können. Praxianus brauchte keinen König mehr. Er hatte sein Parlament und damit seine Regentenschaft.

Was nun? Der Tod des Königs, der bei geregelter Erbfolge nur ein bedeutungsloses Zwischenstadium gewesen wäre, gewinnt gewaltige innenpolitische Bedeutung durch die ihm in die Hände des neuen Königs und die Thronkandidatur des Prinzen Carol. Das schwierige Problem der rumänischen Politik hat plötzlich akute Formen angenommen. Zwar haben es die Liberalen verstanden, die Fäden in der Hand zu behalten, und es ist zweifellos, daß ihre Macht gegenwärtig groß genug ist, um die von ihnen gewollte Situation zu wahren. Aber Carol wartet im Vorfeld auf seine Stunde, und im Lande ist die Stimmung für ein offenkundig im Wachen. Die politische Unbestimmtheit erhoffen — mit Unrecht freilich — von einer Änderung innerhalb des monarchischen Systems eine Verbesserung ihrer Lage. Andererseits leben sämtliche bürgerlichen Oppositionsparteien insgeheim oder offen der Regentenschaft feindselig gegenüber, eben weil sie eine liberale Regentenschaft ist. Die nationale Bauernpartei hat zwar feindlich und auch anlässlich der Zwischenregierung Stirbey der Einziehung der Regentenschaft zugestimmt, weil sie hoffte, sich so den Weg zur Macht zu ebnen, ist aber seither abgefallen. Abwesend, durch seinen jähren Sturz verdrängt, ist nicht mehr wie früher ein Strohmann der Liberalen, und jetzt nimmt offen für Carol Partei. So vielen alle Oppositionsparteien mit dem Gedanken, den Sturz der Liberalen, der in direktem Kampfe unmöglich war, unter dem Banner Carols durchzusetzen.

Rumänien bleibt im Zeichen stetiger politischer Unruhe und gerade deshalb im Zeichen der Diktatur. Die Liberalen wissen sehr wohl, daß ihre Wiederherstellung von der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Situation abhängt, und sie sind entschlossen, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Schon hat Praxianus angekündigt, die Liberalen würden lang regieren, nicht nur eine, sondern mehrere Legislaturperioden.

Die Diktatur wird weiter über Rumänien lasten, und niemand kann den Verlauf der Dinge voraussehen in einem Lande, das morgen mehr noch als heute ein grollender Vulkan werden kann.

Kommunistische Zerfetzung

D. Die Kommunistische Partei in Leipzig hat am 24. Juli sieben Funktionäre aus ihrer Partei hinausgeworfen. Darunter befindet sich auch der ehemalige Hauptling, Parteisekretär Artur Voigt; drei wurden wegen linker, drei wegen reformistischer Abweichungen an die Luft gejagt, einer soll sich Parteischädigung haben zuschulden kommen lassen. Der Hauptübeltäter ist Tischendorf. Er soll radikal die Auffassung des von der KPD. so sehr veragotteten Reichstagsabgeordneten Schwarz vertreten haben. Das Großverbrechen wird in Leipzig fortgesetzt. Es verlautet, daß auch noch andere Parteigrößen auf dem Kofferbeil stehen.

Auf Anordnung der kommunistischen Parteizentrale ist der Reichstagsabgeordnete Krenzler, Mannheim, ebenfalls aus der KPD. ausgeschlossen worden. Damit schminkt die kommunistische Reichstagsfraktion von anfänglich 45 Mitgliedern auf 32 zusammen. Weitere Ausschlüsse stehen bevor!

Wo die Kommunisten hinkommen, sind gute Aussichten für die Reaktion und für die Schwarzweißer. Ein bezeichnendes Beispiel aus dem Ort Altmich bei Rannburg. Rannburg, bekannt als Sitz rechtsradikaler Organisationen, nebenher bekannt noch durch seine Justiz.

Also dieser Ort Altmich war einstmals eine kommunistische Hochburg. Es gab fast keinen Mann im Ort, der nicht kommunist war, und keine Familie, die nicht die kommunistische Zeitung las. Das ist noch gar nicht so lange

her. Und heute: Das Hakenkreuz ist Trumf, 150 Kriegervereine, dazu Stahlhelmer, Werwölfe, Sittlergardisten, keine Abkommen der kommunistischen Presse mehr, dafür 20.000 Leser der schwarzweißroten Generalanzeigerpresse, 32.000 Leser des Reichlichen Beobachters. Nun muß die Sozialdemokratie darangehen, in systematischer Arbeit wieder den Boden für die ernsthafte Arbeiterbewegung zu schaffen!

Jeder Kommunist, und noch dazu wenn er Rotfrontkämpfer ist, blickt auf jeden Nichtkommunisten mit grenzenloser Überlegenheit herab. Jeder Nichtkommunist ist für ihn ein Bourgeois, ein Kapitalist oder zum mindesten doch ein Werkzeug des Kapitals. Reichsbanner, überparteiliche republikanische Organisation — Schutztruppe der Bourgeoisie, Geschäftsleute — Parasiten der Gesellschaft.

Wenn die Herrschaften aber Geld brauchen, ist alles ganz anders. Dann geht der Rotfrontkämpfer-Bund bei der „berechtigten Geschäftswelt“ lammeln, dann preist er sich als überparteiliche Organisation an, dann predigt er die Harmonie der Interessen zwischen der Arbeiterschaft, dem Kleinbürgertum und der Geschäftswelt, alles nur zu dem Zweck, um Geldwenden von den Geschäftswelt zu erhalten.

Ein solches Zirkular an die „berechtigte Geschäftswelt“, das ansehnend in Massenauflagen für ganz Deutschland hergestellt worden ist, ist erst kürzlich wieder in Altmich verbreitet worden. Das ist doch noch die richtige Einheitsfront! Arm in Arm mit der „Bourgeoisie“, um von der „Bourgeoisie“ Beihilfsgelder zu erhalten.

„Regime“ des Schmutzes, und mit Blut besetzt

Bauer kontra Seipel im Wiener Nationalrat

Das Rededuell Seipel — Otto Bauer in der Diensttagung des österreichischen Nationalrats kennzeichnet sich durch den Hochmut des Bundeskanzlers und die Offenheit, mit der der Vorsitzende der Arbeiterschaft gesprochen hat.

Seipel ist katholischer Priester. Als solcher hätte man von ihm die Befolgung eines der elementarsten Gebote der Lehre Christi erwarten dürfen: Weichenheit. Statt dessen hörte man einen Menschen, der mit sich selbst durchaus zufrieden ist. Er fühlt sich hundertprozentig ungeschuldig; er rechtfertigt die Polizei; er macht nicht einmal den leisesten Versuch, die Frage aufzuwerfen, ob nicht die politischen und sozialen Gegensätze, die den Ursprung der Wiener Tragödie bilden, durch die maßlose Sprache seiner Organe und durch die Maßnahme seiner Regierung unendlich verstärkt worden sind und noch mehr verstärkt werden. Kein Wort des Bedauerns darüber, daß sich unter den Toten zahllose unbeteiligte Personen befinden, was an sich schon eine schwere Anklage gegen das Vorgehen der Polizei bedeutet; kein Wort der Erklärung gegenüber der schweren Anklage, die auch von der freien Volkseigenenschaft erhoben wurde: daß Munition zum Einschleichen verwendet wurde und dadurch die Zahl der Opfer ins Ungeheure steigert. Kein Wort endlich der Anerkennung für das selbstlose Eintreten des republikanischen Schutzbundes, der, unter schwersten Gefahren, die rauchende Menge Hundstunde lang in Schach hielt und diese Feindschaften und Polizeistellen aus dem brennenden Aufstand beraubte. Nur selbstbewußte, selbstzufriedene Worte der Anklage gegen die politischen Gegner hat dieser „christliche“ Staatsmann gefunden. Er fühlte sich eben als Sieger, weil er über eine kleine Mehrheit im Parlament von vornherein verfügte, und weil er, um den Preis von 100 Toten und 1000 Verwundeten, „Ordnung“ schaffte.

Anderer Otto Bauer! Dieser unchristliche Sozialdemokrat hat dem Prälaten Seipel eine bittere Lektion in christlicher Demut und Weichenheit erteilt, indem er mit bewundernswürdiger Offenheit zu Beginn seiner Antwortrede die eigenen Fehler der Arbeiterorganisationen hervorhob. Wie tief muß der Eindruck dieser Lektion gewesen sein, wenn der Sitzungsbericht ein mütigen Beifall des ganzen Hauses an der Stelle seiner Rede verzeichnet, in der es heißt:

„Das Bild der 57 Särgen auf dem Zentralfriedhof und der Jammer der Hinterbliebenen sollte alle nötigen, sich zu fragen, wie weit sie ihre eigene Verantwortung für belastet halten.“

Die ruhige, bescheidene, sachliche Rede Bauers beweist, daß die Sozialdemokratie, auch in schweren Tagen, unvergleichlich größer ist als das Bürgertum im Siegesrausch. Wie kläglich dieses Bürgertum in Zeiten der Niederlage ist, das haben wir im Herbst 1918 gesehen und nicht vergessen!

A. Wien, 26. Juli. (Fig. Draht.)

Am Dienstag vormittag trat der Nationalrat zusammen, um zu den traurigen Ereignissen vom 16. und 18. Juli 1927 Stellung zu nehmen. Das Haus war höchst besetzt.

Die Sitzung begann in außerordentlicher Spannung.

Bundeskanzler Dr. Seipel

eröffnete sofort das Wort zu seinem Bericht über die Ereignisse. Er sprach, wie immer, kühl, leidenschaftlos, ohne jede innere Anteilnahme, so, als ob er über die gleichgültigste Sache der Welt und nicht über die furchtbaren Straßenkämpfe und die blutigen Straßendemonstrationen spräche. Zunächst ging Seipel ganz kurz auf das Schwurgerichtsurteil ein und verwies darauf, daß die Regierung, wenn von den Parteien ein berechtigter Antrag ausgehe, gern bereit sei, die Schwurgerichte zu ändern oder aufzuheben. Es läge zwar noch kein Entwurf über die Änderung der Schwurgerichte vor, weil er persönlich nicht dafür sei. Gegenstandswiese zu machen, aber wenn aus der Initiative des Parlaments ein solcher Antrag käme, so verspreche er jede Politik der Regierung. Das gleiche gelte von einer Reform des Preßgesetzes. Auch da werde die Regierung bei einer Reform gern mitwirken.

Anschließend erörterte der Bundeskanzler ganz kurz, und ohne auf die Vorwürfe gegen die Polizei einzugehen, die Ereignisse vom Freitag. Er konzentrierte dabei seinen Angriff auf den Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, der es abgesehen habe, Militär einzusetzen zu lassen. Wäre das Militär freier eingesetzt worden, so wäre weniger Blut geflossen. Die Gemeindeführerschaft habe kaum zur Befriedung des Landes beigetragen und werde das auch niemals tun. Es sei im übrigen durchaus keine Einmischung in die Angelegenheiten Wiens, wenn sich die städtischen Behörden um die hier herrschenden Sicherheitsverhältnisse kümmern, denn Wien sei die Bundeshauptstadt. Seipel sprach dann der Polizei, unter stürmischem Widerspruch der Sozialdemokraten, den Dank aus und beschloß sich, fortzufahren, mit dem Verlehrsstreifen, von dem er beabsichtigte, daß er eine schwere Schädigung des Landes bedeuten würde. Immerhin sei die Bewegung, nach allem, was die Regierung wisse, nicht von außen her angesetzt oder durchgeführt worden. Allerdings, als Häuser in Brand gesetzt worden seien und Todesopfer gefallen waren, hätten die Kommunisten versucht, sich der Sache zu bemächtigen. Auf der anderen Seite stellte er fest, daß das Ausland auf die Beendigung des Streiks gar keinen Einfluß genommen habe, es sei der österreichischen Regierung nicht gedroht worden. Seipel appellierte schließlich an die Parteien, zusammenzustehen, aber man solle nicht Mißbeurteilungen, sondern müsse festhalten.

Darauf nahm für die Sozialdemokraten

Otto Bauer

das Wort, um in höchst digner leidenschaftlicher, von Erregung und Erschütterung über die furchtbaren Ereignisse bewegter Rede wichtige Anklagen gegen die Regierung zu erheben. Bauer begann mit dem Hinweis, daß angesichts so furchtbaren Ereignisse jeder sich selbst fragen müsse, ob er nicht auch eine Schuld trage. Man dürfe nicht so pharisaisch wie der Bundeskanzler sagen: ungeschuldig sei man niemals in eine solche Sache gekommen, und da stelle er fest, daß die Sozialdemokratie streng geprüft hätte, niemand liege zu einem anderen Verlaufe der Dinge hätte beitragen können. Sie sei überzeugt, daß es besser gewesen wäre, wenn sie Freitag eine geordnete Demonstration veranstaltet hätte. Freilich — so fuhr Otto Bauer fort —, was hätten die bürgerlichen Parteien dann an Sache gegen die Sozialdemokratie getrieben! Es wäre auch besser gewesen, wenn man rechtzeitig genügend Schutzmannschaften gebot hätte. Es wäre auch besser gewesen, wenn man die Gemeindeführerschaft, die erst die Verurteilung in Wien geschaffen hat, schon am Freitag aufgefordert hätte. Wenn man nun dem Bürgermeister von Wien den Vorwurf